

Guten Morgen in den Saal, allen, denen wir es noch nicht persönlich gesagt haben. Es ist ein spannender Parteitag, es sind in den letzten Tagen so eine Menge Fragen an uns gestellt worden, vor zwei Tagen stand in einer dpa-Meldung das Thema unseres heutigen Parteitages, und zwar: „Soll das Ziel der Linken Regierung oder Opposition heißen“? - wird da gefragt. Das ist spannend.

Liebe Genossinnen und Genossen,
von mir also heute die glasklare Antwort: Ja!

Wir haben eine Menge Erfahrungen gemacht in den letzten Jahren und dazu gehört auch, dass es uns auch immer darum geht, Stimmen für unsere Politik zu gewinnen und dass wir nicht ganz so sehr auf Stimmungen achten. Also lasst uns die Achterbahn der Umfragen nicht allzu ernst nehmen. Es sind noch elf Wochen bis zu den Wahlen. Die schlechte Nachricht ist: es ist dann Herbst.

Aber auch eine andere Erfahrung hilft uns an der Stelle, nämlich: die Küken -

liebe Genossinnen und Genossen, werden aus gutem Grund erst im Herbst gezählt. Und bis dahin gibt es noch eine Menge zu machen, wir sind hier heute zusammengekommen für die letzten inhaltlichen Verabredungen zu unserem Wahlprogramm. Ich bin mir sicher, wir werden sie treffen und ich bin sehr froh, dass wir das nicht so ganz allein und unter uns tun.

Sehr geehrte Doro Zinke und Susanne Stumpenhusen, sehr geehrter Günther Fuchs, Carsten Zinn, Wolfgang Gleist und die anderen Gäste,
wir freuen uns sehr, dass Sie da sind und das durchaus nicht formal, denn das gibt uns Rückhalt.

Wenn ver.di plakatiert: Für eine Politik für die Mehrheit der Menschen - und der DGB für den Mindestlohn auf der Straße steht und Unterschriften sammelt, dann wissen wir: Wir wollen gemeinsam in die gleiche Richtung, wir ziehen am selben Strang. Dass Sie hier sind, auch persönlich, das bestärkt uns und das freut uns auch. Wir werden miteinander debattieren. Für unsere Programmdebatte brauchen wir wie bisher Ihre Kritik, Ihre Erfahrungen und Interessen, so wie wir es in den letzten Jahren und Monaten immer miteinander gehalten haben.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

und das gilt grundsätzlich:

Eine demokratische Linke, und das ist auch eine Erfahrung der letzten Jahre, kann nur erfolgreich sein, wenn sie offen ist und bleibt für das, was die Menschen im Lande bewegt und beunruhigt, für das, was sie wollen und was sie von uns erwarten. Anders hätte unsere Arbeit keinen Sinn.

Unser Ziel bleibt eine Gesellschaft, in der Menschen aufwachsen und leben können ohne Angst um die materielle Existenz und ohne bevormundende, allgegenwärtige Kontrolle, wo Kinder aufwachsen und leben mit dem Zugang zu allen kulturellen und sozialen Errungenschaften und in Frieden. Egal wo und egal, wer ihre Eltern sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

und auch in diesem Herbst bleibt für uns die soziale Frage auf dem Tisch der Politik und in den Jahren danach, jeden Tag. Wir sind also nicht beliebig.

Wir haben viel gelernt, wir hören zu, wir wägen ab, wir machen Vorschläge. Und wir haben gezeigt,

dass wir sind in der Lage sind, unsere Positionen zu korrigieren, zu verbessern, zu präzisieren, zu erweitern und dann, wenn wir heute debattiert haben und entscheiden, stehen wir auch gemeinsam zu den Ergebnissen, vom Leitbild bis hin zu den Projekten unseres Wahlprogrammes haben wir es miteinander genauso gemacht.

Es geht ganz klar um eine soziale Perspektive.

Und so sind Leitbild und so wird auch das Wahlprogramm ein Gegenentwurf. Gegenentwürfe zur Regierungspolitik, zur Politik der sogenannten Sachzwänge, die verordnet und bestimmt, eine Politik, die Versprechen gebrochen hat, Frust erzeugt und für massenhafte Kinderarmut verantwortlich ist. Und auch nicht nur Armut per Gesetz uns gebracht hat, sondern auch Armut trotz Arbeit.

Diese Politik ist mitverantwortlich dafür, dass in den letzten 20 Jahren manchmal fast die Hälfte der Wahlberechtigten kaum noch einen Sinn in der Stimmabgabe sieht. Dass so viele Leute wie möglich an der Wahl teilnehmen und mit dafür sorgen -

liebe Genossinnen und Genossen – dass weder die eine noch die andere rechtsextreme Partei in den Landtag zieht. Auch das muss unser Ziel sein!

Unser Ziel ist ein Landtag, der für das tolerante Brandenburg steht, nach zehn Jahren einen Landtag ohne neue Nazis und auch an der Stelle haben wir eine Aufgabe: dem Inhalt nach und in der Art und Weise, wie wir konsequent soziale Politik machen und demokratisch Mehrheiten gewinnen wollen unterscheiden wir uns. Und da ist vielleicht dieser Hauptbahnhof nicht der schlechteste Ort für den Beschluss eines Wahlprogramms, nicht nur, dass wir hier maximale Transparenz haben und sehr angenehme Ausblicke, es ist ein Ort mitten in der Landeshauptstadt, ein Ort, wo Menschen ankommen und von wo sie wieder aufbrechen, wo Wege hinführen und von wo aus auch Wege weiterführen. Hier gibt es die massenhafte Zahl von Gleisen und Weichen, die man stellen kann. Man muss nur genau wissen, wo man hin will. Die Richtung. Und ich denke auf die Richtung haben wir uns geeinigt. Auf den Zeitplan und Wegabschnitte und irgendwelche Verbindungen, die noch zu treffen sind, werden wir uns heute einigen. Eins steht jedenfalls für uns fest, was die Richtung betrifft: Ein „weiter so“ für das Land Brandenburg, wenn es um regierende Politik geht, darf es nicht geben. Wir wollen eine Richtungsänderung, und zwar konsequent sozial.

Wenn wir nachher das Programm beschlossen haben, haben wir es vermocht, linke Programmatik, soziale alternative Politik und realistische, finanzierbare Projekte miteinander zusammenzuführen. Und das ist ja keine Utopie. Da haben wir Erfahrung. Wir sind auf dem Weg schon einige Schritte gegangen. Und vielleicht haben wir damit den Ansatz für einen neuen Brandenburger Weg gefunden...Schritte auf diesem Weg sind möglich und kein Phantasieprodukt!

Erinnert euch an die Volksinitiativen für ein Sozialticket oder für eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung. Hier gab es bereits Richtungen, Richtungsänderungen, zu der Politik gezwungen wurde, auch wenn es ihr schwer gefallen ist und man die SPD da zum jagen tragen musste. Auch die Volksinitiativen gegenüber dimensionierte wohnortnahe Windparks, die Proteste bereits gegen Probebohrungen zwecks CO₂-Verpressung, die landesweite Bewegung der ErzieherInnen und Eltern für eine bessere Personalausstattung in Kindergärten und Horten, die Volksinitiative für ein besseres Musikschulgesetz, die Schüler- und Studierendenstreiks im Juni, und auch die Proteste der Polizistinnen und Polizisten. Sie alle belegen doch ernsthafte Defizite im Handeln der bisherigen Landesregierung und zwar auch hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausrichtung und hinsichtlich ihrer Kommunikation – ernsthafte Defizite und es kann ja wohl nicht sein, wenn so am Rande zu hören war, ja, die Forderung der Kita-ErzieherInnen und der Eltern ist eine berechtigte Forderungen von vielen und man muss halt sehen, was finanzierbar ist. Wir als Linke sagen ganz klar: bestmögliche Zukunftschancen für jedes Kind, das ist die oberste Priorität von Landespolitik

und an der haben sich alle Entscheidungen zu messen. Es gab kleinere Beispiele, bei denen die Landesregierung einlenken musste. Schon bei der BUGA-Bewerbung der Havelregion musste sie ihre Ablehnung aufgeben – und sich einem Schritt regionaler Verflechtung jenseits des favorisierten Metropolenraums um Berlin öffnen. Das Leitbild der Landesregierung verblieb also in der Schublade und wahrscheinlich wird es da auch verbleiben. Wir haben also gesehen und bleiben dabei.

Und an dieser Stelle möchte ich sagen: Liebe Hannelore, lieber Heinz, für die, die seit der ersten Stunde der PDS Politik gemacht haben im Landtag: Ihr habt es uns immer wieder gesagt und ihr habt dafür gestanden und deshalb haben wir es auch gelernt und erfahren: Politik im Land ist veränderbar, Druck und Engagement der Leute im Lande, politische Klarheit und auch taktisches Geschick über einen langen Zeitraum am Ende von siebzehn Jahren können zum Erfolg führen, das hat die Bürgerinitiative „Freie Heide“ bewiesen! Und das haben wir auch gesehen bei der Entscheidung vorgestern gegen das Bombodrom. Also noch einmal: Herzlichen Glückwunsch!

Nebenbei bemerkt – liebe Genossinnen und Genossen, haben wir hier zu einem der Hauptziele der Bundesregierung uns im Lande quer gelegt und das ist der Bürgerinitiative vor Ort zu danken. Nämlich, dass es nicht möglich war, Land und Leute breit und duldsam zu machen für weltweite Kriegseinsätze. Und wir bleiben deshalb dabei: KEIN BOMBODROM - NIRGENS!

Das bleibt unser Ziel!

Die Entscheidung gegen das Bombodrom ist eine große Ermutigung! Sieg der Demokratie! Der Sieg wurde vor Ort erarbeitet und erkämpft.

Der Weg war 17 Jahre lang und – es ist in Ordnung, dass fünf Jahre davon auch die Landesregierung mehr oder weniger arrangiert mitgegangen ist, nachdem es vorher so mit mehreren Kanzlerkandidaten ja nicht geklappt hat und wir halten ihnen die zwölf Jahre davor nicht vor. Es ist in Ordnung, dass Einsichten erfolgen auf Erfahrungen und dass es neue Mehrheiten gibt, neue Wege und neue Bündnisse und vielleicht auch neue Koalitionen. Wie soll denn eine andere Politik entstehen, wenn nicht so. Insofern ist der Kampf der Leute gegen das Bombodrom auch dafür eine große Ermutigung. Und deswegen ist es ok und auch ganz normal, wenn die SPD nun angesichts vorliegender Ergebnisse ihrer Politik für Mindestlohn, für Schüler, Bafög und für besseren Datenschutz im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Beschlüsse fasst. Wir hoffen, dass sie die Konsequenz ziehen und die auch vielleicht noch in einer Sondersitzung einbringen – diese Vorschläge – wir wären ja dafür, man könnte das sofort beschließen. Ansonsten ist die Frage, wie wird es nach der Wahl?

Denn: mit wem will man solche Ziele durchsetzen? Die CDU macht landauf, landab – seitens der Bundespolitik Politik mit wesentlichen Unterschieden, da wären mehrere benannt u.a. das gegliederte Schulsystem, das Festhalten an der Hartz IV-Politik bis hin zu den Minijobs und: die CDU ist gegen einen einheitlichen Mindestlohn.

Wir können also gespannt sein, was aus den Versprechen nach der Wahl wird: vermutlich in keinem Wahlkampf waren Versprechen so wenig wert wie in diesem. Und wenn es denn schon früher unfair war, die SPD an ihrem Wahlversprechen zu messen, dann ist es jetzt wichtiger als sonst, Politikern auf die Finger zu gucken und ich bin mir sicher, Brandenburgerinnen und Brandenburger werden das machen und uns und Sie an ihren Taten zu messen. Das wird wichtig sein, Ergebnisse von Politik zählen.

Denn schon ihre Bilanz war mit rosaroter Brille geschrieben und steht ganz sachlich im Widerspruch zu den **Ergebnissen** ihrer Politik. (Fakten > LT-Debatte)

1. Die Arbeitslosigkeit ist um ein Drittel gesunken. – Aber was für Arbeit, um welchen Preis? Hartz4 – der Armut per Gesetz – folgte Armut trotz Arbeit: durch die Niedriglohnpolitik

zwingt 100 Tausend Brandenburger zum „Aufstocken“ ihres Lohns beim Job-Center. Die Brandenburger arbeiten überdurchschnittlich lange für unterdurchschnittliche Einkommen.

2. Und was Sie als den bundesweit größten Sprung nach vorn bei PISA ausmachen, entpuppt sich höchstens als Hüpfen. 11% Schulabgänger ohne Schulabschluss, massive Stellenstreichungen, zu große Klassen und KiTa-Gruppen, geschlossene Schulstandorte und lange Schulwege - das kann man doch nicht ernsthaft als positive Bilanz in der Bildungspolitik verkaufen!
3. Die Wirtschaftsförderung nach Wachstumskernen - und branchen. Wir werden deren tatsächlichen Ergebnisse erst nach der Wahl auf den Tisch bekommen. Fakt ist: Die Konjunktur kam zum Glück zur Hilfe, der Abbau sozialversicherungspflichtiger Vollzeit-Arbeitsplätze im Land seit dem Jahr 2000 ist dennoch nicht gestoppt, für Regionen außerhalb der Wachstumskerne fehlen Strategien.
4. Erstmals keine neuen Schulden 2007/2008: Abgesehen von den über 18 Milliarden Schulden aus 19 Jahren unter sozialdemokratischen Finanzministerinnen kam dieser angebliche Erfolg durch den radikalen Rotstift und unerwartete Steuermehreinnahmen zustande.
5. Behaupten Sie: Brandenburg gehört zu den familienfreundlichsten Bundesländern. Das hätten Sie, Herr Ministerpräsident, letzten Freitag den Tausenden Eltern und KiTa-Erzieherinnen auf der Kundgebung im Potsdamer Lustgarten doch erzählen können! Die haben das offenbar noch gar nicht gemerkt. Sonst hätten sie doch nicht mit Pfiffen auf Ihren Auftritt reagiert?

Ihre Bilanz von heute steht doch für jeden, der lesen kann in krassem Widerspruch zu den Änderungen, die notwendig sind, um den Herausforderungen der Zukunft in und nach der Krise begegnen zu können. Und diese Änderungen finden sich in den neuen Wahlprogrammen von SPD und CDU.

Und ich verstehe auch nicht, wieso die CDU hier im Augenblick für Bildungspolitik Vorschläge macht, wer hat denn hier zehn Jahre lang regiert? Wer?

Ok, wir kommen zu uns, zu unserem Programm.

Wir gehen erste Schritte einer anderen Politik, in eine andere Richtung und die Änderungsanträge, die auf dem Tisch liegen, zeigen, dass wir unterschiedlich ungeduldig sind, unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben, vielleicht auch unterschiedlich mutig, unterschiedlich, was unsere sachlichen Einblicke und unsere Emotionen betreffen, unsere Erfahrungen, es geht um Entscheidungen, um das Schrittmaß. Aber wichtig ist bis hier und bis hierher sind wir uns bis 95 % des Programmtextes einig: das ist entscheidend und die wichtigsten Fragen und Forderungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger haben wir aufgenommen, für Arbeit, von der man leben kann, gegen Armut für eine gute Bildung für alle von Anfang an und für mehr Demokratie und für ein bezahlbares Leben in den Kommunen auch fernab der Hauptstadt Berlin und Potsdam.

Wir alle bringen unsere Kompetenz ein, zum Teil seit 20 Jahren miteinander, viele erst ganz kurz und da kommen ganz neue dazu - wie wir mit Esther jetzt gesehen haben - ganz andere Sichten. Wir alle leben gerne hier in diesem Land, verschieden gern, verschieden lange, verschieden zufrieden, aber wir engagieren uns hier und wir sind kompetent, das haben wir in der Kommune und im Land unter Beweis gestellt, auch die Geschicke dieses Landes mit zu beeinflussen. Wir haben ähnliche Vorstellungen davon, wie das Land aussehen soll und zu den 5 % der unterschiedlichen Meinungen - denke ich - werden wir uns heute verständigen. Wir sind nicht nur

zusammengekommen, sondern wir werden es zusammen auf den Punkt bringen. Und die Änderungsanträge sind immer Ausdruck des Wunsches – für mich jedenfalls – eine Sache zu verbessern. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht, auch auf Bundesparteitagen – und daran schließen wir heute an. Die Grundlagen für unsere Erfolge und für eine konsequent soziale Politik – also ein Richtungswechsel in Brandenburg – ist für uns das Wahlprogramm mit seinen vier Grundthemen.

Die Dialogphase seit unserem letzten Landesparteitag hat gezeigt: Mit unseren vier Grundthemen und den damit verbundenen Schlüsselprojekten, die wir aus der Leitbilddebatte und der Auseinandersetzung um die Bewältigung der Krise heraus für die nächste Legislaturperiode bestimmt haben, treffen wir den Nerv der Leute, die Bedürfnisse der Betroffenen, die Schlüsselfragen der weiteren Landesentwicklung.

Wir wissen durchaus, dass es kein alltägliches „weiter so“ ist, sondern an den Situationen, die uns die Krise noch beschert, wahrscheinlich täglich neue Erfahrungen und neue Fragen stehen. Aber wir – DIE LINKE – wollen **vier große Dinge** erreichen:

Erstens:

Wir wollen Arbeitsplätze schaffen, Arbeitsplätze erhalten, von denen man leben kann und die eine Zukunft haben. Das ist unsere entscheidende Antwort auf die Krise. Es sind immer noch 162.000 Arbeitslose und wir haben seit Herbst nochmal 25.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Brandenburg verloren. Unsere entscheidende Antwort auf die Krise ist: das Geld darf nicht weiter auf den Finanzmärkten verzockt werden und verbrannt, das muss nachhaltig investiert, das muss für Arbeit ausgegeben werden. Dann zieht auch die Nachfrage an – auf dem Binnenmarkt. Wir wollen die Brandenburgischen Unternehmen stabilisieren. 90 % – das wisst ihr – das sind Klein- und Kleinstbetriebe mit wenig Eigenkapital, deshalb setzen wir auf Minikredite, auch auf Hilfen für Existenzgründer. Für uns gehören wirtschaftliche Vernunft auf der einen Seite und soziale Verantwortung auf der anderen untrennbar zusammen und deswegen kämpfen wir weiter für einen existenzsichernden Mindestlohn und wir binden diesen Mindestlohn an den Vorschlag für ein Gesetz zur Vergabe öffentlicher Aufträge, wir binden diese Vergabe an entsprechende Bezahlung und soziale Standards. Und wir sehen das Land nicht nur als Wirtschaftsförderer, sondern auch als Gestalter des Arbeitsmarktes. Und ich sage ganz klar: es ist nicht akzeptabel, dass 100.000 Leute in Brandenburg arbeiten gehen und trotzdem ihr Einkommen aufstocken müssen, um sich und ihre Familie zu ernähren. Das kann nicht der Sinn von Arbeit sein, trotzdem arm zu bleiben und in Brandenburg liegen wir mit dem Durchschnittsverdiensten von 30.490 Euro im Jahr, 10.000 Euro im Durchschnitt unter dem Bundesdurchschnitt. Das heißt, hier ist ganz klar, wohin die Niedriglohnpolitik geführt hat. Wir wollen deshalb 15.000 Stellen zusätzlich schaffen, und zwar in der öffentlich geförderten Beschäftigung, zum Beispiel auf den Gebieten erneuerbarer Energien, der Sanierungen und Verwertung ehemals militärischer Flächen, also hoffentlich auch bald des Bombodroms und im sozialen und kulturellen Bereich. In diesem Zusammenhang also

zweitens: liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen der Armut zu Leibe rücken und die Lebensumstände im Land für alle bezahlbar halten. Da gibt es für uns zwei Hauptanhaltspunkte, zum einen müssen wir dafür sorgen, dass Armut nicht mit Ausgrenzung einhergeht. Dazu gehört zum Beispiel Mobilität, deswegen muss auch das Sozialticket zu einem wirklich brauchbaren Sozialticket ausgeweitet werden, was insbesondere die Pendlerinnen und Pendler – die im Niedriglohnbereich arbeiten und grenzüberschreitend jeden Tag zur Arbeit müssen – dieses Sozialticket auch nutzen können. Wir werden weiter für Familienpässe, Kulturtickets und Ähnliches eintreten und der andere Punkt: Kinderarmut. Die muss entschlossen zurückgedrängt werden. Es muss Schluss sein mit Hartz IV – Armut per Gesetz – und Schluss sein damit, dass Kinder hier als halbe Erwachsene berechnet und behandelt werden. Zu diesen Fragen, Kindergrundsicherung und

Bekämpfung der Kinderarmut werden Birgit Wöllert und Diana Golze heute auch in der Debatte auch noch einmal das Wort ergreifen. Das Schüler-Bafög – die Lieblingsidee der Sozialdemokraten – passt in diese Richtung und verdient unsere Unterstützung. Nur, die Fakten im Land sprechen eine ganz andere Sprache, liebe Genossinnen und Genossen –

1. Warum so spät? Erst in der 11. Klasse. Zum Gymnasium wechselt man in der 6. und 2. sehen wir jetzt schon, dass die soziale Auslese auf dem Weg bis in die gymnasiale Oberstufe schon gegriffen hat, ich sag euch nur Beispiele aus Märkisch-Oderland, Schülerinnen und Schüler, die ab 11. Klasse – also gymnasiale Oberstufe – Anspruch haben auf Mittel aus dem Schulsozialfonds. Wir haben abgefragt, und das sind die Antworten der Kreisverwaltung: Strausberg Gymnasium: 2, Neuenhagen Gymnasium: 2, Rüdersdorf Gymnasium: 2, in Seelow sind es 18. Das sind wenig und das sind viel, aber es zeigt, dass offensichtlich Schülerinnen und Schüler – in unserer Region leben zum Teil 25 bis 35 % der Kinder in Haushalten, die von Hartz IV leben, diese Schülerinnen und Schüler sind auf den Gymnasien schon lange nicht mehr angekommen. Damit muss Schluss sein! Es muss Schluss sein, dass Armut vererbbar ist und das Armut der Eltern über die Bildungschancen der Kinder entscheidet!

Und damit sind wir beim **3. Schwerpunkt**, wir wollen eine gute Bildung und eine gute Kultur für alle von Anfang an. Ihr wisst, dass wird dann nachher Gerrit noch vertiefen und dafür steht sie auch im Land, wir sind kompetent, wir sind mit diesen Vorschlägen über die Jahre wahrgenommen worden und es gibt keinen Zweifel: über kein Landtagswahlkampfthema wird im Augenblick so viel geredet, wie über Bildung und scheinbar gibt es auch so viel Überschneidungen auf dem Gebiet. Es steht die Frage, warum das, was jetzt gefordert wird, in dem Landtagswahlprogramm von SPD und CDU nicht längst durchgesetzt ist. Im Übrigen, das Versagen von Regierungspolitik ist offenbar in diesem Land auf dem Gebiet der Bildung. Das belegen die Handlungsschwerpunkte von SPD und CDU selbst in ihren Wahlprogrammen, denn zu keinem Thema haben sie plötzlich so viel grundlegend andere Anträge als zur Bildung. Aber man könnte mal sagen, dass man bisher hier in einer falschen Richtung unterwegs war. Jetzt geht es uns darum, hier neue Mehrheiten zu bekommen. Das Brandenburgische Schulsystem bereitet Kinder und Jugendliche nicht hinreichend auf das Leben vor und wenn auch wenn die Landesregierung einerseits zufrieden mit sich und andererseits aber die Schwerpunkte benennt, können wir nur sagen: Wir brauchen in Brandenburg ein verändertes Schulsystem, was eine gute Bildung für jeden von Anfang an schafft, unabhängig von der sozialen Herkunft und der Einstieg in diese andere Richtung von Politik, die soziale Perspektive für alle. SPD und CDU gehen zwar auf die Leute zu – aber sie teilen doch deren Einschätzung, deren Erfahrung nicht! Die Regierung ist doch zufrieden mit dem, was zwanzig Jahre lang hier veranstaltet wurde. Das haben wir erst letzte Woche in der Aktuellen Stunde im Landtag zu hören bekommen.

Wir hingegen teilen nicht nur die Erfahrung der Brandenburgerinnen und Brandenburger – unser Modell zielt auf ein verändertes Schulsystem, das eben gute Bildung für alle von Anfang an, unabhängig von der sozialen Herkunft, sichert!

Für uns sind die kleineren Schulklassen und der bessere Betreuungsschlüssel der *Einstieg* in einen Umbau, der die Menschen nicht überfordert – für SPD und CDU sind es (bis zum Erweis des Gegenteils) Floskeln, mit denen sie die Wählerinnen und Wähler beruhigen und für ihre Herumwerkelei am Bildungssystem gewinnen wollen.

Wir werden – und vielleicht heute schon gemeinsam beginnen, aber darüber hinaus – überlegen: wie können wir auf diesem Weg zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder kommen und den Dialog dazu, werden wir im Land beginnen nach der Wahl, den Dialog und nicht vom grünen Tisch aus verordnen. Auch hier steht also wieder die Frage, „weiter so“ oder konsequent sozial? Bei der Initiative für ein neues Musikschulgesetz wird sich das schon sehr bald wieder erweisen. Musikschulen sind doch kein Luxus, kein Trostpflaster für jene, die sich die private Klavierlehrerin

nicht leisten können! Eigentlich müsste man fordern: mindestens ein Musikinstrument für jedes Kind. Das wäre gut. Gibt es denn etwa eine gute Bildung für alle von Anfang an *ohne* ausgeprägte, gute musische Bildung?? Warum behandeln wir sie dann so sträflich? Warum bezahlen wir die Lehrkräfte dort so schlecht? Warum geben wir ihnen so schlechte Verträge?

Wir haben gehört, die CDU ist mitverantwortlich für das Schließen von ungefähr 200 Schulstandorten. Gestern haben sie gesagt, die 100 Mio. sind uns wichtig, die müssen wir finden, da muss eben was anderes gekürzt werden, zur Ehrlichkeit gehört dazu, dann zu sagen: wo will man kürzen. Wir haben unsere Vorschläge mit finanziellen Summen untersetzt und wir sagen auch, wo wir umverteilen wollen. Und wir hoffen, dass es nach der Wahl dafür Mehrheiten gibt. Mehrheiten für ein soziales Bildungssystem.

4. liebe Genossinnen und Genossen, geht es darum, und das ist der vierte Schwerpunkt im Wahlprogramm, dass jede Brandenburgerin, jeder Brandenburger im verlässlichen Gemeinwesen leben kann, in einem stabilen demokratischen – wo Grundrechte und soziale Rechte nach Möglichkeit gesichert sind – und zwar unabhängig von der Entfernung zu Berlin. Das ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse, die unsere Verfassung einfordert, die nehmen wir an dieser Stelle ernst. Und da haben wir ja in den letzten Jahren eine Menge erlebt – also so von kontrollierter Verwilderung, Wegzugsprämien u.a. Die Höhe war die Hymne Brandenburg – ich darf daran erinnern. Das nun der sozialpolitische Bundesminister Tiefensee ausgerechnet auf die Erfinder dieser Parolen zurück griff, um als Ostbeauftragter sein Image aufzupolieren, macht doch deutlich, diese Gefahr, dass man abbaut, weg geht aus diesen Regionen, das die Leute und die Regionen sich überlassen werden, diese Gefahr ist nicht gebannt liebe Genossinnen und Genossen. Wir sagen: Rückbau Ost ist keine Antwort auf die gescheiterten Träume vom breiten Aufschwung Ost, den Wandel, auch den demokratischen Wandel muss man gestalten. Und deshalb darf der Staat sich nicht weiter zurückziehen aus der Fläche öffentliche Daseinsvorsorge muss sozial, verantwortungsbewusst modernisiert und reorganisiert werden. Und wie das im einzelnen aussieht wird sich sowohl im hochverdichteten berliner Umland wie auch in den dünn besiedelten weitläufigeren Regionen natürlich unterscheiden. Aber dazu braucht es Konzepte vor Ort, dazu braucht es Mitsprachemöglichkeiten, Handlungsmöglichkeiten vor Ort und die müssen ausgebaut werden. Die sozialen Orte hat die Regierung ausgedünnt. Wir schlagen jetzt vor und darum geht es uns dann im Kern, dass die Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden besser entwickelt und auszubauen ist – als Projekt haben wir das formuliert – das auf vertraglicher Grundlage dann gemeinsame Projekte gefunden und realisiert werden können. Und dabei kann es um alles gehen was Daseinsvorsorge ist Wasser, Energie, Abwasser, Schulen, Kitas, Verkehr, Gewerbeansiedlung und ähnliches. Aufgegriffen werden muss, was der Region nutzt und was die einzelne Kommune aber überfordern würde. Und deshalb sagen wir auch hier konsequent auf soziale Leistungen bezogen muss ein Neuanfang gefunden werden, auch das Weiter so an dieser Stelle Genossinnen und Genossen wäre weiter abwärts. Wir als Linke pokern nicht, wir pokern nicht um Prozente, wir pokern nicht mit Stimmen, wir versprechen nicht alles und wir sind auch nicht für alles offen – das ist ganz klar gesagt. Wir stehen für eine Politik, die nicht das Weiter so propagiert, sondern eine soziale Perspektive einbringt und das Land sozial gestalten wird. Und wenn man jetzt sieht – das ist ja ziemlich übersichtlich, dass es Parteien gibt, die allerortens sagen – Steuersenkung. Die haben wir tatsächlich in den letzten Jahren gehabt – also die Antworten waren dann: Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuer, Millionärsabgabe – das ist alles mit denen nicht möglich. Das wurde auch viel gesenkt, wie wir wissen. Wenn das so weitergehen soll, dann müssten sie sagen, wie sie die Krisenfolgen und die Belastung und auch eine andere Politik finanzieren wollen. Eins steht fest, mit der nun offensichtlich drohenden Agenda 2020 gehen wir nicht mit. Ein neues Sozialkürzungsprogramm wird auf unseren erbitterten Widerstand stoßen und das werden wir nicht mit umsetzen. Denn, wenn wir im Augenblick nicht sichern, dass die Leute, die bisher nicht teilhaben konnten am Aufschwung der letzten Jahre, deren Einkünfte immer weiter gesunken

sind, die arbeiten und trotzdem aufstocken. Wenn wir nicht sichern, dass das Auskommen und die Zukunft dieser Leute gesichert wird in Zukunft, dann wird ein Sparprogramm noch weitere Folgen haben und dann ist der soziale Zusammenhalt dieser Gesellschaft gefährdet. Das so etwas nicht passiert und dass wir für so etwas nicht zu haben sind, ist mit unserem jetzigen Programmentwurf deutlich. Die Alternativen dazu liegen auf dem Tisch und die sind machbar. Wir haben klipp und klar gesagt wofür wir stehen, wir haben immer so gehandelt, wir haben nicht leichtfertig versprochen und deshalb ist unsere Akzeptanz liebe Genossinnen und Genossen gewachsen, und zwar Schritt für Schritt. Und da hat jeder einzelne vor Ort, jede Genossin, jeder Genosse, jeder Kommunalpolitiker, jeder Bürgermeister jeder Abgeordneter seinen Anteil dran, dass wir gehandelt haben, das unsere Kompetenz unumstritten war – die erfolgreiche Kommunalwahl hat das noch mal gezeigt. Und über die Jahre bei Landtagswahlen haben wir an Zuspruch gewonnen – von 13 % über 19, 21 auf 28 – das ist keine Selbstverständlichkeit. Und so muss das auch nicht weitergehen und das war auch nie leicht und es sagt auch keiner, dass es auch leichter wird, aber darum, dass wir darum kämpfen werden, dass wir weiter an Vertrauen und Zuspruch...dieses darum kämpfen, dazu stehen wir und das ist ja wohl hier uns allen klar. Also wir sind kompetent und wir sind ein Team und wir haben keinen Grund, uns selbst zu misstrauen. Und das wird glaube ich heute in der Debatte hier auch deutlich. Unsere Arbeit ist kein Selbstzweck, sondern es geht uns um die Lebensfragen, um die Zukunftsfragen der Leute im Land, unsere eigenen Kinder und Enkel. Und dieser Wahltag, der 27. September bietet auch eine große Chance. Am 27. September kann eine Jede und ein Jeder mit ihrer und seiner eigenen Stimme dafür sorgen, dass Solidarität und soziale Vernunft nicht erst in letzter Minute und in einzelnen Fragen politisch zum Durchbruch geholfen wird, sondern dass Solidarität und soziale Vernunft zum Grundprinzip von Politik und auch von Regierungshandel in diesem Land werden. Und dass jenes „Durchwurschteln“ endet, bei dem sich die SPD bei richtigen Forderungen wie ordentlicher Bezahlung, Mindestlohn, Vergabegesetz oder guter Bildung von Anfang an für alle, immer hinter der CDU verstecken kann. Solidarische Mehrheiten im Land müssen respektiert werden und es ist Realität und Warnung, mit „weiter so“ würde die soziale Spaltung weiterhin verstärkt. Unsere Ziele, unsere Projekte können ein erster Schritt sein, ein erster Schritt für die Veränderung im Land wenn wir dafür die Unterstützung und die Zustimmung vieler Leute gewinnen, dann ist das Realität.

Wir werden also um diese Zustimmung kämpfen liebe Genossinnen und Genossen. Am Infostand, auf Veranstaltungen, in Gesprächen und auch jedes persönliche Gespräch lohnt sich, denn es zählt am Ende jede einzelne Stimme. Jede einzelne Stimme für die Landtags- und Bundestagswahlen, denn im Bundestag wird natürlich der Rahmen gesteckt – wesentlich – der Rahmen, in dem sich das Land bewegen kann. Fest steht: eine starke Linke im Bund und eine starke Linke im Land können gemeinsam Politik verändern. Jetzt lasst uns nochmal miteinander über das Programm reden, über einzelne Formulierungen streiten und dann reden wir hauptsächlich mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, dann gehen wir raus in den Wahlkampf, denn je stärker die Linke – liebe Genossinnen und Genossen – um so sozialer das Land.